

Wassermangel, Mord und Bürgerkrieg

Naomi Kosmehl studiert European Studies in Kiel

Alle Welt schaut auf den Krieg in Syrien, den IS und Russlands Intervention. Auf das Land im Süden Saudi-Arabiens, Jemen, scheint indes niemand zu schauen. Dabei bietet der Krieg im Jemen auch IS Truppen, Al Qaida und die Intervention großer Staaten.

In einem uns sehr gut bekannten Fall wurde ein Journalist mit seiner Familie von Schleswig-Holstein nach Norwegen und dann direkt in den Jemen abgeschoben (siehe Kasten). Es wird nicht viel berichtet über die Zustände dort. Dies mag unter anderem daran liegen, dass kritische Journalisten verfolgt, gefangen, gefoltert und getötet werden.

Wie alles begann

2011 gehörte Jemen zu den Ländern die am so genannten arabischen Frühling teilgenommen haben. Die Bevölkerung ging auf die Straße um gegen die bestehende Regierung zu demonstrieren. Eine Übergangsregierung wurde berufen, die aber weitgehend unbeliebt war und gegen die die Huthi-Milizen Aufstände organisierten, welche in der Einnahme von Sanaa, größte Stadt und Hauptstadt Jemens, endete. Der Premier und der Präsident Hadi sind daraufhin zurückgetreten. Letzterer ist in den Süden geflohen. Somit stehen sich die Huthi-Milizen im Norden einer Anti-Huthi Koalition im Süden des Landes entgegen. Die Anti-Huthi Koalition wird von Saudi Arabien angeführt und kämpft gegen die dem Iran nahestehende Huthi Bewegung.

Hinzu kommt ein Konflikt zwischen den Huthis im Nord-Jemen und Separatisten im Süd-Jemen, welches bis 1990 unabhängig war.

Des Weiteren kämpfen Al-Qaida und IS-Gruppen gegen die Huthis und wollen einen Vorteil aus dem Staatsverfall ziehen.

Seit Mitte März 2015 ist der bewaffnete Konflikt in Jemen stark expandiert und wirkt sich zunehmend negativ auf die Bevölkerung aus. Der Konflikt

hat an Professionalität und Brutalität zugenommen.

Überblick über die humanitäre Situation

Der humanitäre Zustand für die Bevölkerung im Jemen ist katastrophal. Mangel an Wasser, sanitären Einrichtungen und überfüllte Unterkünfte gestalten den Alltag der Jemeniten schwierig und gefährlich. 80 % der Bevölkerung braucht humanitären Schutz oder Hilfe. Das beinhaltet, dass jeder zweite Jemenit Probleme hat seine nächste Mahlzeit zu finden, acht von zehn Bewohnern haben Schwierigkeiten Zugang zu Trinkwasser oder sanitären Anlagen zu bekommen, sechs von zehn Menschen haben keinen Zugang zur Gesundheitsversorgung, davon sind eine halbe Million schwangere Frauen. Jeden Tag sterben mehr und mehr Menschen, nicht nur auf Grund der Gewalt, sondern auch weil das Gesundheitssystem in einem miserablen Zustand ist und selbst grundlegende Versorgung nicht garantieren kann. Von den 11,4 Millionen Schutzbedürftigen sind 60 % Kinder.

Insgesamt sind 2,3 Millionen Menschen im Jemen auf der Flucht. Dies führt zu einem erhöhten Gesundheitsrisiko und Sicherheitsrisiko auch von sexualisierten Übergriffen. Frauen und Kinder sind auf der Flucht besonderes vulnerabel. Im Jemen werden Frauen per Gesetz und in der Praxis diskriminiert. Insbesondere in Bezug auf Heirat, Scheidung, Erbe etc. Zwangsheirat, Kinderheirat und weibliche Genitalverstümmelung sind in manchen Gebieten sehr verbreitet.

Die Opfer des Krieges im Jemen sind vor allem Unschuldige. 86 % der Opfer von explosiven Waffen im Jemen sind Zivilisten. Damit wurden 2015 in keinem anderen Land der Welt so viele Menschen durch explosive Waffen getötet wie im Jemen. Im Schnitt sterben 21 Zivilisten pro Tag. Explosive Waffen variieren sehr in ihrer Art, sie gehen von Bomben, Raketen über Mörser hin zu selbstgebauten Sprengkörpern und töten oder verletzen nicht nur jeden in ihrer Reichweite, sondern zerstören auch Stromnetze, Wasser- und Sanitäreinrichtungen, zwingen Schulen (3.500 im ganzen Land) und Krankenhäuser zu schließen. Durch die daraus resultierende Verdrängung der Bevölkerung während der nächsten Jahre haben sie Auswirkungen auf das Leben und die Sicherheit der Jemeniten.

Auf Grund von Brennstoffknappheit geht es der jemenitischen Wirtschaft jeden Tag schlechter. Die zerstörten Häfen und das andauernde Sicherheitsrisiko halten viele Unternehmen davon ab mit dem Jemen zu handeln und das Land zu beliefern.

**... 2015 wurden in
keinem anderen Land der Welt
so viele Menschen durch explosive Waffen getötet
wie im Jemen.**

Es fehlt an vielen Waren. Vor dem Krieg wurden 90 % aller Lebensmittel aus dem Ausland geliefert.

Im September wurde nur 1 % vom benötigten Brennstoff importiert. Die Mühle in Aden läuft nur noch zu 20 – 40 % ihrer normalen Kapazität und auch andere Mühlen wie in Al Hudaydah und Saleef leiden unter den Brennstoffkürzungen.

13 Millionen Menschen sind abhängig von Nahrungsmittelhilfe um zu überleben. Bis jetzt werden viele Krankenhäuser und Wasserförderstationen von humanitären Organisationen versorgt, doch kann dies nicht auf unbestimmte Zeit fortgeführt werden. Immer mehr Krankenhäuser werden deshalb schließen müssen, Mühlen aufhören zu arbeiten und die Auswirkung auf die Bevölkerung und die Lebensmittelindustrie wird dramatisch sein.

Kettenabschiebung in den Krieg

Andrea Dallek, Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein

Im August 2014 wurde der asylsuchende jemenitische Journalist und Menschenrechtsaktivist Aldiani samt 5-köpfiger Familie von Schleswig-Holstein aus im Rahmen der Dublin-Vereinbarung nach Oslo rücküberstellt. Einen Tag später wurde die Familie in den Jemen abgeschoben und Herr Aldiani ohne Angabe von Gründen für einige Wochen inhaftiert. Inzwischen lebt die Familie in der Nähe ihrer Heimatstadt Aden und verzweifelt.

Die Unterdrückungspolitik und brutale Verfolgungspraxis des jemenitischen Regimes ist berüchtigt. Mit entsprechend guten Fluchtgründen ist Herr Aldiani 2011 mit seiner Familie aus dem Jemen nach Norwegen geflohen. Sein Asylantrag wurde abgelehnt, aus Angst vor der Abschiebung in den Jemen und der ihm dort drohenden politischen Verfolgung ist Aldiani mit Familie im Mai 2014 nach Deutschland weiter geflohen. Hier wurde sein Asylgesuch – diesmal als formal nicht zulässig – ebenfalls zurückgewiesen. Denn Aldiani und seine Familie unterliegen dem Dublin-Übereinkommen. Dies regelt, dass in Deutschland kein Asylverfahren bekommt, wer dies in einem anderen Dublin-Vertragsstaat schon durchlaufen hat. Die Zurückschiebung nach Norwegen im Rahmen der Dublin-Verordnung wurde angeordnet und vollstreckt.

Mit dem jemenitischen Journalisten und Menschenrechtsaktivisten Aldiani wurde einmal mehr ein in seiner Heimat politisch Verfolgter zum Opfer der berüchtigten Dublinverfahrensbürokratie. Weil Aldiani über Norwegen nach Europa kam, ist Norwegen zuständig. Selbst wenn die dortige Asylverweigerungs- und Abschiebungspraxis im Widerspruch zu hierzulande bestehenden Gefährdungseinschätzungen steht.

Direkt nach Deutschland eingereiste Asylsuchende aus dem Jemen wurden im Herbst 2014 nach unserer Kenntnis nicht ins Herkunftsland abgeschoben. Das Auswärtige Amt hat im August 2014 eine Reisewarnung erlassen und alle BundesbürgerInnen aufgerufen, den Jemen zu verlassen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hielt schon 2011 Abschiebungen in den Jemen für „nicht vertretbar“.

Seit einem Jahr versucht die Familie nun wieder im Jemen eine Lebensperspektive zu entwickeln. Ihr Alltag ist geprägt von Krieg und Armut. Arbeit findet der bekannte Menschenrechtsaktivist nicht, die Kinder konnten bisher nicht wieder zur Schule gehen. Auch die in Deutschland bekannt gewordene Herzkrankheit von Herrn A. kann nicht adäquat behandelt werden.

Um auf die Situation im Jemen aufmerksam zu machen hat uns Herr Aldiani Fotos aus dem Frühjahr 2015 zur Verfügung gestellt, die wir in diesem Heft abdrucken.

Im Jemen tobt ein Bürgerkrieg, Großmächte wie der Iran und Saudi-Arabien führen dort eine Art Stellvertreterkrieg und Terrororganisationen verschlechtern die Sicherheitslage.

Politische Morde

Morde an Politikern, Journalisten und Sicherheitskräften sind ein sehr verbreitetes politisches Mittel. Auf offener Straße werden Politiker auf ihrem Weg zum Amt erschossen. Hunderte Offiziere und Sicherheitskräfte werden gar von Attentaten. Die meisten Täter werden nicht identifiziert oder verfolgt.

Reporter sind bedroht von Entführungen und Mordanschlägen. Die meisten lokalen Journalisten fliehen innerhalb des Landes oder haben gar das Land verlassen. Seit Januar 2015 wurden zehn Journalisten getötet und 17 gefangen genommen, von denen mindestens neun von Folter berichten.

Seit der Konflikteskalation im März sind 4.500 Zivilisten getötet und viele mehr verletzt worden.

Doch selbst wenn es im Jemen Millionen Binnengeflüchtete gibt sind dieses Jahr trotzdem 70.000 Menschen in den Jemen geflohen. Die meisten kommen über das Meer aus Äthiopien oder Somalia. Der jemenitische Staat übernimmt keine Verantwortung, Kosten und keinen Aufwand, um die Flüchtlinge zu unterstützen und in Sicherheit zu bringen. Alle Erstaufnahme- und Durchgangszentren wurden vom UNHCR gestellt.

Ausblick

Vor allem Taiz wird gerade sehr umkämpft. Die Bewohner der Stadt sitzen zwischen zwei Fronten und sind dadurch komplett von humanitärer Unterstützung abgeschnitten. Viele Organisationen rufen dazu auf medizinische und andere elementare Hilfe in die umzingelte Stadt zu lassen.

Laut Amnesty International haben alle Parteien im Konflikt Kriegsverbrechen begangen – unter anderem Bombardierungen von Wohngebieten.

Es sieht nicht so aus, als sei eine der Seiten daran interessiert die Situation zu deeskalieren. Die Huthi-Rebellen halten den Präsidenten Hadi für illegitim und größtenteils irrelevant. Die Forderungen der Regierung an die Huthis sind immer noch unrealistisch; sie beinhalten die Abrüstung der Milizen und den Rückzug von weiten Gebieten.

Im Jemen tobt ein Bürgerkrieg, Großmächte wie der Iran und Saudi-Arabien führen dort eine Art Stellvertreterkrieg und Terrororganisationen verschlechtern die Sicherheitslage. Die Bevölkerung flieht zu Recht vor Hunger, Terror und Tod. In den Jemen sollte und darf niemand abgeschoben werden.



Jemen 2015 (Foto: Ahmed Aldiami)